

14.01.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Fair geht mehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!

I. Ausgangslage

Die kommunale Daseinsvorsorge wird mehr und mehr durch die digitale Transformation geprägt. Große Städte benötigen intelligente Möglichkeiten, um das dynamische Zusammenspiel mehrerer Faktoren effizient zu steuern. Kleinere Kommunen wollen hingegen ihre Innenstädte beleben und die Versorgungsinfrastruktur sicherstellen. Durch die präzise Erfassung und Vernetzung von Daten können entsprechende Ziele der Stadtentwicklungspolitik besser realisiert werden.

Die Digitalisierung ermöglicht es unter anderem, Prozesse im Mobilitäts-, Energie- und Umweltbereich effizienter zu gestalten und den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Intelligente Mobilität und Verkehrsführung kann zur Vermeidung von Staus und langer Parkplatzsuche, flexible Ver- und Entsorgung zu einer Optimierung des Müllmanagements beitragen, wenn Mülleimer etwa nur bei Bedarf geleert werden und durch die reduzierten Fahrten des Müllwagens darüber hinaus CO₂ eingespart wird.

Im Gesundheitsbereich kann demographischen Herausforderungen etwa auch durch die Vernetzung von Krankenhäusern und Altenheimen begegnet werden.

Während die einzelne Erfassung und intelligente Nutzung von Daten bereits sehr lange existiert, besteht der entscheidende Schritt zu einer Smart City in der Verknüpfung von Daten zu einem Gesamtbild. Dieses kann zu einer sozialen, nachhaltigen und klimagerechten Entwicklung der Städte beitragen, das Zusammenwachsen der Gesellschaft stärken und somit das Leben der Menschen verbessern.

Laut dem Smart-City-Ranking 2019¹ sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen hier bereits auf einem guten Weg. Unter den Top-20 der deutschen Städte stehen mit dem Spitzenreiter Köln sowie Bonn, Düsseldorf, Solingen, Dortmund, Aachen, Essen, Münster und Wuppertal zahlreiche Städte aus unserem Bundesland. Dadurch wird sehr deutlich, dass die Themen "Digitale Daseinsvorsorge" und "Smart City" für die nordrhein-westfälischen Kommunen eine große Relevanz haben. Allerdings kommt keine der untersuchten Städte auf den Status einer

¹ <https://www.haselhorst-associates.com/themen/smart-city/studie-digitales-staedteranking-2019/>

Datum des Originals: 14.01.2020/Ausgegeben: 16.01.2020

Digitalisierung von über 41%. Bei der Entwicklung der digitalen Infrastruktur und individueller Smart-City-Strategien besteht weiterhin ein großer Nachholbedarf. Alleine mit solchen Konzepten für eine moderne Stadtentwicklung bleiben Städte mittel- und langfristig für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen attraktiv.

Eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von Smart Cities spielt die frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Darauf aufbauend können Kooperationen von Städten, Stadtwerken und Unternehmen entstehen, wodurch auch das Einbeziehen innovativer Ideen von Start-ups und das Knüpfen von Expertennetzwerken ermöglicht wird. Alleine durch das kontinuierliche und systematische Zusammenspiel aller beteiligten Interessengruppen werden solche umfangreichen Projekte erfolgreich gestaltet. Dabei sind Datenschutz, Datensouveränität und die Ablehnung von Massenüberwachung als grundlegende Prinzipien zu berücksichtigen.

Die Landesregierung beschränkt ihre Aktivitäten im Bereich Smart City derzeit auf nur wenige Modellkommunen. Die vielen anderen Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bleiben auf der Strecke. Digitalminister Pinkwart sicherte zwar allen Kommunen die Unterstützung der Landesregierung bei der Digitalisierung zu², gleichzeitig wurde der im Koalitionsvertrag mit einem Volumen von 100 Millionen Euro angekündigte Förderfonds „K-400 – Kommunal wird Digital“ weder umgesetzt noch konkret in der Digitalstrategie der Landesregierung benannt. Es deutet sich also ein neuer Punkt in der langen Liste gebrochener Versprechen von Schwarz-Gelb an.

Dabei wäre eine finanzielle wie auch beratende Unterstützung insbesondere kleinerer Kommunen dringend notwendig. Smart City Projekte gewinnen nicht nur für die digitale Daseinsvorsorge an Relevanz, sie sind auch ein wachsendes Geschäftsfeld der Privatwirtschaft, die den Wert von Daten bereits erkannt hat. Manche Kommunen haben hingegen weniger Bewusstsein für die Relevanz von Daten und legen daher keine geeignete Infrastruktur zur Datenauswertung und –nutzung an. Insbesondere im Kontext Künstlicher Intelligenz, deren Nutzung auch für die Öffentliche Verwaltung wichtiger werden wird, ist die Datenlagerung von großer Bedeutung. Fehlendes Wissen führt darüber hinaus dazu, dass Verhandlungen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und der Privatwirtschaft nicht auf Augenhöhe stattfinden. Infolgedessen entstehen Verträge mit Datennutzungsklauseln, durch die öffentlich erhobene Daten zu privaten Unternehmen wandern, eine Verwertung durch die Kommunen ist hingegen nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Fair geht mehr: Damit die digitale Daseinsvorsorge nicht verstärkt auf den Markt getrieben wird, muss das Wissen der Kommunen über den Wert von Daten ausgebaut und die Kompetenzen im Umgang mit Daten gestärkt werden. Verhandlungen auf Augenhöhe mit der Privatwirtschaft stellen sicher, dass die Auswertung erhobener Rohdaten auch den Kommunen möglich ist. Dadurch können die Daten auf intelligente Weise miteinander vernetzt und genutzt werden. In diesem Kontext muss gewährleistet werden, dass die Städte und Gemeinden die Hoheit über die Rohdaten behalten, etwa auch durch eine entsprechende Infrastruktur zur Speicherung der Daten.

² Westfälische Nachrichten vom 5. November 2019

II. Der Landtag stellt fest:

- Die kommunale Daseinsvorsorge wird mehr und mehr durch die digitale Transformation geprägt.
- Die Grundlage für die digitale Daseinsvorsorge ist die flächendeckende Verfügbarkeit einer glasfaserbasierten technischen Infrastruktur.
- Datenschutz, Datensouveränität und die Ablehnung von Massenüberwachung müssen grundlegende Prinzipien aller Smart City Projekte sein.
- Die digitale Daseinsvorsorge darf nicht auf den Markt getrieben werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den flächendeckenden Ausbau einer glasfaserbasierten Infrastruktur massiv zu beschleunigen.
- den angekündigten Förderfonds „K-400 – Kommunal wird Digital“ auf den Weg zu bringen.
- die Kommunen bei der Erarbeitung individueller Smart-City-Strategien zu unterstützen.
- Strukturen für die Kooperation von Städten, Stadtwerken, Unternehmen und Start-ups zu schaffen, die auch die Beteiligung der lokalen Bevölkerung sicherstellen.
- proaktive Beratungsangebote für die Kommunen zu schaffen, um Wissen und Kompetenzen über Daten zu stärken.
- die technische Infrastruktur für die Speicherung und Auswertung von Rohdaten sicherzustellen. Diese könnte durch das Land, unter Federführung von IT.NRW, geschaffen werden. Dafür sind entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen sicherzustellen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Marc Herter
Christina Kampmann

und Fraktion